

Der 1. Mai 2004 war ein historischer Tag für Europa: mit insgesamt zehn Ländern hatten wir die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der Europäischen Union. Nach über 40 Jahren der Teilung Europas und dem Fall des Eisernen Vorhangs wächst nun zusammen, was zusammengehört.

Dies ist ein wichtiger Schritt für den dauerhaften Frieden. Nun gilt es aber, wirtschaftliche und soziale Stabilität in Europa zu verwirklichen. Dafür haben wir Jungsozialisten (Jusos) in ganz Europa lange gekämpft und werden dies auch weiterhin tun.

Frieden ist Sicherheitspolitik

Konflikte und Umgang mit Krieg und Frieden stehen auf der internationalen Tagesordnung, sie beschäftigen die Menschen weltweit und insbesondere unsere eigenen Generationen. Europa muss ein starker und glaubwürdiger Akteur im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik sein. Was geschehen kann sehen wir derzeit jeden Tag aufs neue im Irak. Die dortigen Geschehnisse sind die Konsequenz kurzfristig ausgerichteter Außenpolitik, bei der erst geschossen und dann an die Folgen gedacht wird. Diesen Weg ist die Deutsche Bundesregierung mit einigen anderen europäischen Staaten im vergangenen Jahr nicht mitgegangen.

Sie ist sich ihrer Verantwortung bewusst geworden und auch dabei geblieben: KEIN KRIEG.

Wir Jusos wollen, dass dies auch zukünftig der Weg Europas sein muss. Um dies zu erreichen, braucht die EU zivile Mittel zur Prävention und Entspannung. An diesem Punkt liegt der entscheidende Unterschied zwischen SPD und CDU, unter einer anderen Regierung wären jetzt auch deutsche Soldaten an der Seite der USA im Irak. Deshalb ist es gerade wichtig, die SPD bei der Europawahl zu unterstützen, denn die Sozialdemokraten Europas stehen für die Friedensmacht Europa.



Am 13. Juni SPD wählen:

Für ein soziales, friedliches und gerechtes Europa!

Für eine gemeinsame europäische Sozialpolitik

Die Globalisierung und das Zusammenwachsen des europäischen Kontinents stellen die europäische Sozialdemokratie vor neue Herausforderungen. Wir Jusos betrachten dabei die Sozialpolitik als ein zentrales europäisches Instrument zur Herstellung und Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand. Sicherlich ist die Sozialpolitik von nationalen Traditionen und Eigenheiten geprägt. Dennoch einigt die sozialdemokratischen Parteien Europas seit den Anfängen der europäischen Einigung das Leitmotiv, Europa ein soziales Gesicht zu geben. Erklärtes Ziel der europäischen Sozialdemokratie ist es, einen europäischen „Sozialraum“ mit möglichst geringen sozialen Unterschieden zu schaffen.



Historisch gesehen kann als ein erster Erfolg dieser Politik die 1961 unterzeichnete Europäische Sozialcharta bezeichnet werden. Diese sah unter anderem den arbeitnehmerfreundlichen Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub und wöchentliche Ruhezeit vor. Weiter konnte ein sozialer Mindestschutz etabliert werden, der insbesondere das Anrecht auf ein Mindesteinkommen bei Arbeitslosigkeit und im Rentenalter garantierte. Auch das Recht, Mitglied in einer Gewerkschaft werden zu dürfen, konnte im europäischen Rahmen verwirklicht werden.

1991 verabschiedeten die EU-Staaten in Maastricht ein rechtlich verbindliches Abkommen über Sozialpolitik. Nach langer Diskussion hatte nur die konservative britische Regierung gegen das so genannte Sozialprotokoll gestimmt.

Arbeitsmarktpolitik in der EU

Generell treten hinsichtlich der Frage einer sozialen Gestaltung des vereinigten Europas häufig deutliche Unterschiede zwischen der sozialdemokratischen und der konservativen und liberalen Fraktionen im europäischen Parlament zu Tage. Die Jusos stimmen dem SPD-Kandidaten für das Europa-Parlament Detlef Tanke zu, wenn er erklärt, dass im vereinigten Europa Kapitalinteressen nicht über Arbeitnehmerinteressen stehen dürfen. Deswegen treten wir für die Beibehaltung des VW-Gesetzes ein, das den arbeitenden Menschen dient.

Vielfach hört man in Gesprächen, dass die EU-Osterweiterung Arbeitsplätze und soziale Sicherheit in Deutschland gefährde. Es ist jedoch falsch zu behaupten, im neuen Europa liege eine unterschiedliche Interessenslage der Menschen vor. Vielfach zeichnen Gegner der EU-Erweiterung das Szenario einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in osteuropäische Länder. Dabei wird vergessen, dass schon seit langem die Auslagerung von Produktionsstätten nach Osteuropa Realität ist. Zwar besteht die Gefahr, dass dieser Trend durch die Expansion der EU intensiviert wird, aber eine gemeinsame europäische Sozialpolitik, die sich zum Ziel setzt, noch stärker als bisher eine vergleichbare soziale Infrastruktur mit Arbeitnehmerrechten und Mindestlöhnen in der gesamten EU zu schaffen, eröffnet die Chance, dass die EU-Osterweiterung für alle beteiligten Länder zu einer Erfolgsstory wird. Eine erweiterte EU, die von sozialen Leitplanken flankiert

wird, ist für alle EU-Bürger von Vorteil. In besonderer Weise profitiert die Bundesrepublik Deutschland vom vergrößerten Binnenmarkt. Denn gerade als Exportweltmeister erhalten wir die Möglichkeit, mehr von unseren Produkten zu verkaufen und somit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Somit wird der deutsche Markt beispielsweise keineswegs von polnischen Billigprodukten überschwemmt werden. Es ist vielmehr abzusehen, dass wir beispielsweise weitaus mehr Produkte auf den polnischen Markt bringen können als umgekehrt. Auch wegen eines anderen Gesichtspunktes, der in der Debatte oft unterschlagen wird, müssen sich deutsche Arbeitnehmer nicht darum sorgen von osteuropäischen Billiglohnarbeitern verdrängt zu werden: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit, also das Recht überall in der EU unbegrenzt arbeiten zu dürfen, ist für die neuen EU-Staaten für sieben Jahre ausgesetzt.

Wir Jusos wünschen uns ein solidarisches Europa, in dem alle EU-Bürger in sozialer Sicherheit am Wohlstand teilhaben können. Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen darf es deshalb keine Zweiklassen-EU geben. Eine europäische Sozialpolitik ist notwendig, damit alle EU-Bürger zu einheitlichen, fairen Konditionen arbeiten und leben können und der Mensch im Mittelpunkt steht. Die Herstellung des Primats von Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Kapitalinteressen ist dabei nur mit einer starken sozialdemokratischen Fraktion im europäischen Parlament möglich.

Am 13. Juni:

**Chancen ergreifen — Zukunft sichern
SPD und Detlef Tanke wählen!**

Europa und die Regionen

Unsere Welt wächst zusammen. Grenzen verschwinden zunehmend und die Wirtschaftsströme werden immer komplexer. In dieser unüberschaubar gewordenen Welt, in der jeder mit jedem konkurriert, gewinnen Gemeinsamkeiten zunehmend an Bedeutung. Gemeinsame Werte, Traditionen und gemeinsame Geschichte verbinden. Sie geben Sicherheit und Geborgenheit. Der Ort der Gemeinsamkeit ist heute die Region, in der Menschen geboren werden bzw. in der sie ihr Leben gestalten. Diese Regionen, sei es nun die Masuren in Polen, die Provence in Frankreich oder die Region Braunschweig gilt es in Zukunft zu stärken. Städte und Gemeinden allein sind im weltweiten Wettbewerb nicht mehr konkurrenzfähig, daher muss Stärkenbildung über die Stadtmauern hinweg auf regionaler Ebene stattfinden.



Unsere Region Braunschweig, die seit dem 1. Mai 2004 nun auch im geografischen Herzen Europas liegt, hat viele Stärken, nur müssen die Konturen deutlicher gemacht werden. Als die Mobilitätskompetenzregion Europas geben wir den Herztönen an. Unsere Region bewegt die ganze Welt. In einem langen Prozess, der nicht vorbei sein darf, haben wir uns von der Automobilbranche ausgehend zur Mobilitätskompetenz auf beinahe allen Gebieten entwickelt. Als Beispiele seien an dieser Stelle nur der Volkswagenkonzern mit allen Zulieferern sowie MAN, der Regionalflughafen Braunschweig mit seiner überragenden Forschungs-

Systems, Adtrans und die in Braunschweig entwickelte Magnetschwebbahn Transrapid genannt. Letzterer wurde bekanntlich erfolgreich exportiert und gilt als Symbol des deutschen Hochtechnologie-Know-hows. In Braunschweig wird die Zeit gemacht. Unsere konkurrenzlos guten Forschungseinrichtungen mit TU und FH sind weit über die deutschen Grenzen bekannt.

Diese Kompetenzen gilt es zu sichern und auszubauen. Eine wichtige Rolle spielt dabei das VW-Gesetz, dass dem Land Niedersachsen ein Mitspracherecht bei Unternehmensentscheidungen einräumt. So ist der Bestand der Produktionslinien in unserer Region gesichert. Der SPD ist es zu verdanken, dass dieses Gesetz bis heute gilt. Wäre es nach dem Willen der FDP und großen Teilen der CDU gegangen, wären die Arbeitsplätze längst verschwunden. Beson-

ders Herr Hirche spielt hierbei eine unrühmliche Rolle. Seine Verantwortung als Wirtschaftsminister in Niedersachsen nimmt er nicht wahr.

Die Osterweiterung bietet für uns enorme Chancen, sie ist jedoch auch nicht frei von Risiken. Das muss allen bewusst sein. Die Volkswagenwerke in den neuen Mitgliedsstaaten der EU sichern Arbeitsplätze bei uns vor Ort. Gleichzeitig stehen diese Werke jedoch auch im Wettbewerb miteinander. Hier sind neue Wege zu gehen. Mit dem Projekt 5000 x 5000 haben Arbeitgeber und Gewerkschaften bei uns Kreativität und Verantwortungsbewusstsein bewiesen.

Weitere Informationen

finden Sie im Netz:

www.europakampa.de

Neben den eben genannten Werken stehen selbstverständlich ganze Regionen im gegenseitigen Konkurrenzkampf um die Ansiedlung und den Erhalt von Forschungseinrichtungen, Dienstleistungsunternehmen und Produktionsstätten. Diesen müssen wir annehmen. Wir haben uns der Verantwortung für die Menschen hier bei uns stellen. Dies kann nur die Sozialdemokratie. In ihrer 141-jährigen Geschichte hat sie mehrfach bewiesen, dass sie auf der Seite der Arbeitnehmer steht. Seite an Seite mit den Gewerkschaften in Deutschland und Europa hat die Sozialdemokratie Arbeiterrechte durchgesetzt. Diese enormen Erfolge sind jedoch nicht sicher. Nur die SPD kann den Bestand garantieren.

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr erneut den Etat im Forschungs- und Bildungsbereich erhöht. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen und unterstreicht die zukunftsgerichtete Politik der rot-grünen Regierung in Berlin. Leider nimmt die Landesregierung in Niedersachsen dies zum Anlass, um den Kahlschlag im Bildungsbereich zu üben. So werden Forschungsstandorte in der Region gefährdet. Es muss befürchtet werden, dass diese verantwortungslose Politik den Konkurrenzdruck weiter verschärft.

Verlässliche Politik im Sinne der Arbeitnehmer wird es nur mit einer Sozialdemokratischen Mehrheit in den Kommunen, im Land, im Bund und besonders in Europa geben. Es gilt, den Privatisierern und Deregulieren das Handwerk zu legen. Diese Kräfte schaffen nur Verunsicherung und wollen Kapitalströme einseitig zu Gunsten der Reichen lenken. Das dürfen wir nicht zulassen. Die Arbeitnehmer haben ein Recht auf gute soziale Politik.

Organe und Institutionen der Europäischen Union

Die Europäische Kommission

In ihr wachen die Kommissare über die Umsetzung der Gesetze und Verträge der EU. Sie vertreten die Interessen der EU als Gesamtes. Auch gegen zum Teil egoistische Interessen der Einzelstaaten. Sie dürfen auch keine Weisungen von ihren Herkunftsländern ausführen. Die Kommission hat das alleinige Vorschlagsrecht, d.h., dass der Ministerrat nur über das beraten kann, was ihm die Kommission vorlegt.

Der Ministerrat

Der Ministerrat besteht aus den jeweiligen Fachministern der Mitgliedsstaaten (Bereiche, wie z.B. Finanzen, Umwelt oder Inneres). Der Rat hat sowohl legislative als auch exekutive Befugnisse, wie z.B. die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Bei wichtigen Entscheidungen müssen mindestens 62 % der durch die Minister repräsentierten EU-Bevölkerung zustimmen.

Der Europäische Rat

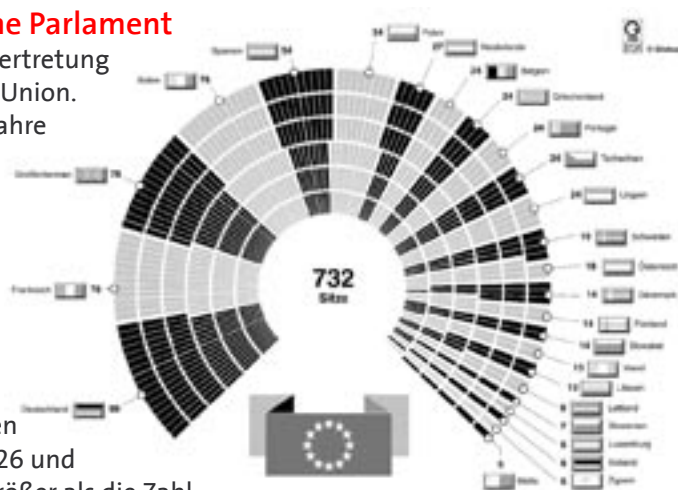
Hier treffen sich die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten und legen allgemeine Richtlinien für die gemeinsame Politik fest. Der Vorsitz wechselt alle halbe Jahre. Zur Zeit führt Irland den Vorsitz.

Der Europäische Gerichtshof

Der Gerichtshof kontrolliert das Zustandekommen der Inhalte von Rechtsakten und sowie die Interpretation und Anwendung der EU-Verträge. Die Aufgaben des Europäischen Gerichtshofs ähneln sehr denen des Bundesverfassungsgerichts.

Das Europäische Parlament

Dies ist die Volksvertretung der Europäischen Union. Es wird alle fünf Jahre neu gewählt. Dies findet das nächste Mal am 11. bis 13. Juni 2004 statt. Die SPD stellt 35 Abgeordnete. Die Gesamtzahl aller Abgeordneten beträgt zur Zeit 626 und ist damit etwas größer als die Zahl der Abgeordneten des Bundestages.



Die Geschichte der EU

Die Europäische Gemeinschaft führt ihre Wurzeln auf die Gründung der Montan-Union im Mai 1950 zurück. Hierbei unterstellten Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder ihre Kohle- und Stahlproduktion erstmals einer gemeinsamen Kontrolle. Dies ist von historischer Bedeutung, da gerade diese Rohstoffe zur Produktion von Waffendienten, mit denen diese Länder nur fünf Jahre zuvor gegenseitig Krieg geführt haben. 1957 folgt der nächste Schritt, als in Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft gegründet wird.

1973 traten der Europäischen Gemeinschaft, wie sie nun hieß, Großbritannien, Irland und Dänemark bei. Die Mitgliederzahl erhöhte sich damit von sechs auf neun. Bereits im Juli 1979 findet die erste Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg statt. Als dann im Jahre 1981 auch Griechenland der EG beigetreten ist, waren es bereits zehn Mitgliedsstaaten. 1986 kamen dann in der so genannten „Westerweiterung“ noch Spanien und Portugal hinzu. Mit der deutschen Wiedervereinigung wuchs die EG 1990 auch

noch um die neuen Bundesländer an. Der wohl wichtigste Schritt in der Schaffung eines vereinten Europas fand 1992 in Maastricht statt. Die Mitgliedstaaten unterschrieben den „Vertrag über die Europäische Union“ (EU). Dieser sah die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie die politische Union der Mitgliedstaaten vor. 1995 traten mit der „Norderweiterung“ Schweden, Finnland und Österreich der EU bei. Die größte Erweiterung fand am 1. Mai 2004 statt, als Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Malta und Zypern der Union beitraten.

Auch dies ist noch lange nicht das „Ende der Fahnenstange“, da Bulgarien und Rumänien für eine Aufnahme 2007 bereit stehen. Ebenso haben die Türkei, Kroatien, Mazedonien und Albanien ihr Interesse bekundet.

Am 13. Juni SPD wählen

Für ein soziales, friedliches
und gerechtes Europa!

Impressum

Herausgeber:
Juso-Bezirk Braunschweig
www.jusos-braunschweig.de



V.i.S.d.P.:
Sven Dujic, William Labitzke, Jan Schwarz
Texte: William Labitzke, Jan Schwarz,
Kai Florysiak, Steffen Kirsch, Julian Becker
Layout: Michael Grewer
Druck: Igel-Druck, BS